

2.1. Allgemeine Angaben zum Teilprojekt D4

2.1.1. Titel: „Vom Container zum offenen Staat? Grenzregimewandel und Personenmobilität“

2.1.2. Projektleitung

Mau, Steffen, Prof. Dr.
geb. 31.10.1968, deutsch
Universität Bremen
Bremen International Graduate School for Social Sciences (BIGSSS)
Postfach 330 440
28334 Bremen
Tel.: 0421 218 66420
e-mail: smau@bigsss.uni-bremen.de

2.2. Entwicklung des Teilprojekts

2.2.1. Bericht

a) Kenntnisstand und Ausgangsfragestellung bei der letzten Antragstellung

In der ersten Förderphase wurde im Teilprojekt D4 untersucht, wie sich staatliche Grenzpolitiken in der OECD-Welt verändert haben. Hintergrund dieses Interesses war der Globalisierungsdiskurs, welcher ganz dezidiert auf Prozesse der Entgrenzung abzielt. Derartige Prozesse können insbesondere für die Bereiche des Güterhandels, des Kapital- und des Informationsaustausches gut beschrieben werden. Im Bereich der Mobilität sind sie weit weniger eindeutig: Einerseits gibt es eine Steigerung der grenzüberschreitenden Mobilität von Personen, andererseits lassen sich erkennbare Prozesse des „re-bordering“ und des anhaltenden Kontrollanspruchs von Nationalstaaten beobachten (Laube & Roos 2010; Mau 2010). Am Beispiel von drei Ländern – den USA, Österreich und Finnland – konnte gezeigt werden, dass Kontrolle immer weniger einzelstaatlich, sondern vielmehr über internationalisierte Grenzregime durchgesetzt wird. Diese internationalisierten Grenzregime, die sich seit den 1970er Jahren herausgebildet haben, lösen die klassische nationalstaatliche Grenzkontrolle ab und können auf Prozesse der Supranationalisierung, gemeinsame Sicherheitsinteressen und die Zunahme von Migrations- und Mobilitätsbewegungen zurückgeführt werden (Mau u.a. 2012). Über kooperativ organisierte Grenzkontrolle hinaus konnte am Beispiel der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) verdeutlicht werden, dass auch Einwanderungspolitiken zunehmend auf supranationaler Ebene definiert werden (Roos 2013). Charakteristisch für den Wandel von Grenzen sind ferner die Entstehung exterritorialer Orte der Grenzkontrolle und die Zunahme der Selektivität von Zugangsbestimmungen.

b) Ergebnisse sowie angewandte und ggf. neu entwickelte Methoden

In der zweiten Förderphase von 2011 bis 2014 beschäftigte sich das Teilprojekt damit, wie sich die Transformation und Internationalisierung von Grenzregimen auf die globale Verteilung von Mobilitätschancen auswirkt (*Outcomes*) und wie die gesellschaftlichen Akteure in ausgewählten OECD-Ländern darauf antworten (*Reaktionen*). Wir gingen davon aus, dass insbesondere die OECD-Staaten als wichtige Zielländer von Mobilität und Migration dem Druck ausgesetzt sind, ihre Grenzen neu zu gestalten; sie mussten zwischen Offenheit und Schließung abwägen und Kontrolle entsprechend reorganisieren.

Im Mittelpunkt der Forschung standen zwei Fragen: Erstens, hat die Internationalisierung der Grenzregime zu einer Konvergenz der Einreisebedingungen aller OECD-Länder geführt? Ist also ein vereinheitlichtes OECD-Mobilitätsregime im Entstehen begriffen und was bestimmt gegebenenfalls diese Entwicklung? Zweitens fragten wir nach den Reaktionen kollektiver Akteure auf internationalisierte Grenzregime und suchten nach ihren typischen Rechtfertigungsmustern für In- und Exklusion.

Outcomes: Die Frage nach den Outcomes ist durch die Annahme motiviert, dass eine Standardisierung der Einreisebedingungen mit einer systematische Privilegierung bzw. Benachteiligung ganzer Weltregionen gegenüber der OECD einhergeht. Wir haben diesbezüglich den Blick auf die Mobilitätschancen von Individuen gerichtet (Mau u.a. 2012) und als Indikator die Möglichkeiten des visumfreien Reisens für tou-

Grenzregimewandel

ristische und geschäftliche Zwecke gewählt, die Bürgern eines bestimmten Herkunftslandes zur Verfügung stehen (Mau u.a. 2015). Zunächst untersuchten wir die Entwicklung der Visumpolitik in den ausgewählten Ländern USA, Österreich und Finnland. Dabei konnten wir eine zunehmende Konvergenz der Visumbestimmungen zeigen (Mau & Brabandt 2011; Brabandt & Mau 2013). Darüber hinaus ergaben unsere Untersuchungen, dass Visumpolitiken, insbesondere Visumbefreiungen, zunehmend als Instrumente der selektiven Öffnung und exterritorialen Kontrolle eingesetzt werden und visumfreies Reisen vor allem für Bürger wohlhabender Demokratien ermöglicht wird. Private Transportfirmen (z.B. Fluggesellschaften) übernehmen zugleich Kontrollfunktionen, die traditionell dem Staat zufielen, was die These des „multiply embedded state“ unterstützt (Laube 2013). Ein durch diese Maßnahmen angestrebter Sicherheitsgewinn steht jedoch einer zunehmenden Ungleichheit von Mobilitätsrechten gegenüber. Die Spaltung in Mobilitätsklassen mit unterschiedlich gelagertem Zugang zu Rechten hat allerdings keine grundlegenden Konflikte ausgelöst (Mau u.a. 2012).

Neben deskriptiven und regressionsanalytischen Verfahren haben wir uns netzwerkanalytischen Ansätzen zugewandt. Wir haben einen Datensatz erstellt, der Mobilitätschancen für Touristen und Geschäftsreisende weltweit abbildet. Es wurde erhoben, welche Länder rechtliche Vereinbarungen geschlossen oder Bestimmungen getroffen haben, in denen die Visumpflicht für die Bürger des jeweils anderen Staates aufgehoben wird. Mit Hilfe der sozialen Netzwerkanalyse (SNA) lassen sich die entsprechenden Datenpunkte (Vorliegen einer Visumbefreiung) als eine positive Relation zwischen zwei Ländern darstellen. Alle Länder in der Datenmatrix sind potenzielle Herkunfts- wie Zielländer, woraus sich eine dyadische Datenstruktur ergibt. Die verwendeten Daten sind Sekundärdaten und stammen von der International Air Transport Association (IATA) mit Sitz in Kanada. Das Travel Information Manual (TIM) dieser Organisation stellt seit 1963 monatlich für Fluglinien, Reiseunternehmen und Behörden weltweit alle aktuellen Informationen zu Einreiseregulungen (Visa), Passanforderungen sowie Gesundheits- und Zollbestimmungen zusammen. Für zwei Zeitpunkte (1969 und 2010, jeweils Dezember) wurde eine komplette Datenmatrix erhoben. Ausgegangen wurde dabei vom Jahr 2010 mit einem Sample von 194 Ländern; ausgenommen wurden Zwergstaaten, kleine Inseln und Staaten mit ungeklärtem Status. Um die Vergleichbarkeit der beiden Datenzeitpunkte zu gewährleisten, wurden möglichst viele Länder für das Jahr 1969 zurückverfolgt; dabei konnten für insgesamt 155 Länder für beide Zeitpunkte Daten erhoben werden. Der Visadatenatz wurde um Makroinformationen über die einzelnen Länder zu den beiden Untersuchungszeitpunkten ergänzt (u.a. BIP pro Kopf, Polity-IV-Demokratieindex), sodass Analysen zu den Determinanten von Öffnung und Schließung durchgeführt werden können.

Anhand des weltweiten Samples zeigte sich, dass der Einfluss politischer und ökonomischer Faktoren auf die Visumbestimmungen im Jahr 2010 sehr stark ist. Darüber hinaus kann auch global von einer erhöhten Selektivität ausgegangen werden. Zunächst kann bei den OECD-Staaten eine doppelte Konvergenz innerhalb des globalen Netzwerks von Visumbeziehungen festgestellt werden: Einerseits befreien sich – im Gegensatz zum Jahr 1969 – bis 2010 nahezu alle OECD-Staaten gegenseitig von der Visumpflicht; zudem befreien sie auch über die OECD hinaus zunehmend dieselben Staaten von der Visumpflicht. Wir können folglich eine Standardisierung beobachten, die durch vereinheitlichte Visumbestimmungen in der OECD-Welt geschaffen wird. Diese hat z.B. zur Folge, dass 2010 Bürger aus afrikanischen wie arabischen Ländern kaum noch visumbefreit in diese „Komfortzone“ einreisen dürfen; 1969 waren die Visumbefreiungen hingegen weniger vom Grad der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes abhängig, sondern erfolgten zumeist unsystematisch. Zudem spielen die OECD-Staaten heute eine besondere Rolle im gesamten Feld der internationalen Visumpolitik: Der Input-Degree eines Landes zeigt für das Jahr 2010 die Anzahl der Länder an, in die ein Bürger dieses Landes ohne Visum einreisen darf. Bürger aus mehr als der Hälfte aller Länder weltweit (56 %, 93 Länder) dürfen in nicht mehr als 20 andere Staaten ohne Visum einreisen. Demgegenüber steht eine Gruppe von 57 Ländern (27 %), deren Bürger in mindestens 70 andere Länder visumfrei reisen können. Unter diesen privilegierten Staaten finden sich die Mitgliedstaaten der EU, die USA, Kanada, Israel, Japan sowie weitere reiche Industrienationen.

Es liegt damit eine Polarisierung vor, bei der die Mehrheit der Länder eine eher isolierte Position hat, während Staaten einer weitgehend homogenen Gruppe zu Profiteuren globaler Mobilität werden (vgl. Balibar 2002). Die OECD-Staatsangehörigkeit erweist sich für Individuen als Ressource, mit der sie unkompliziert an den Chancen der Globalisierung teilhaben können. Aus netzwerkanalytischer Perspektive lassen sich die Befreiungsabkommen zwischen Ländern auch als internationales Netzwerk von positiven Bezie-

hungen darstellen. Mit Hilfe einer Blockmodellanalyse ließ sich so die Frage klären, wie sich Länder innerhalb dieses Netzwerkes diesbezüglich positioniert haben. Diese Analyse zeigt, dass auch relationale Aspekte, etwa ehemalige Kolonialbeziehungen oder die Zugehörigkeit zu politischen Allianzen, eine Rolle spielen

Reaktionen: Bei der Erforschung der Reaktionen gesellschaftlicher Akteure auf internationalisierte Grenzregime interessieren wir uns für normative Rechtfertigungsmuster von Öffnung und Schließung. Liberale Staaten verpflichten sich auf die Einhaltung der Menschenrechte, sind internationalen Konventionen zur Arbeits- und Familienmigration beigetreten und ermöglichen ihren Bürgern eine möglichst grenzüberschreitende Bewegungsfreiheit, die ihnen selbst Zwänge bei den Zugangskontrollen auferlegen. Grenzen können dabei durch diese Bindung an liberale Normen nicht völlig geschlossen sein (Bauböck 2009; Koslowski 2011). Die Verpflichtung zur Öffnung kollidiert aber mit anderen Prinzipien, die ebenfalls in liberalen politischen Grundsätzen formuliert werden, so das Recht auf kollektive Selbstbestimmung und die Verpflichtung des Staates, öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt zu gewährleisten (Carens 1992; Pécoud & De Guchteneire 2007). Diese Normen finden sich ausdrücklich in nationalen wie internationalen Rechtsakten. Sie sind auch latent in den Positionen kollektiver Akteure auffindbar (Roos & Zaun 2014). Uns interessiert, wie sich wichtige kollektive Akteure in den Fallländern auf normative Positionen beziehen: Welche liberalen Normen spielen überhaupt eine Rolle in der Debatte? Wie interpretieren die Akteure Normen der liberalen politischen Theorie? Das Ziel dieses Vergleichs besteht darin, die theoretische Spannung zwischen Öffnung und Schließung empirisch zu plausibilisieren.

Das erste Ergebnis bei der Erforschung der Normenhaushalte der Länder war die Identifikation möglicher normativer Bezugspunkte der Akteure. Normen definieren wir nach Daryl Bem (1970) als geteilte Vorstellung eines wünschenswerten Zustands oder angemessenen Verhaltens. Wir haben dabei ein Tableau von insgesamt zehn liberalen Normen, die sowohl Öffnung als auch Schließung rechtfertigen, erstellt und als analytisches Raster verwendet (Roos & Laube 2015). Dieses Tableau wurde auf zwei Konferenzen und einem Workshop diskutiert und diente als Grundlage, um einen Interviewleitfaden zu erstellen. Mit diesem Leitfaden sind die normativen Positionen von kollektiven Akteuren in den drei liberalen Demokratien Finnland, Österreich und USA in semi-strukturierten Interviews abgefragt worden. Zusätzlich haben wir mit einer Dokumentenanalyse Positionspapiere, Stellungnahmen und Parteiprogramme der kollektiven Akteure inhaltsanalytisch ausgewertet. Das Sample beinhaltete zentrale kollektive Akteure, die sich zur Frage von Öffnung und Schließung und der Reorganisation der Grenzkontrollverantwortung äußern: Politische Parteien, Sozialpartner, Lobbyorganisationen und Migrantenverbände sowie ihre jeweiligen Kontrahenten. Die Interviews haben wir 2012 mit Akteuren in den Hauptstädten Helsinki, Washington, D.C. und Wien durchgeführt. In den insgesamt 42 Interviews haben wir die Einstellungen der Akteure zu Inhalten und Hypothesen abgefragt, die liberale Normen widerspiegeln. Diese Interviews haben wir transkribiert und eine Kodierung anhand des Tableaus liberaler Normen entwickelt. Mit Hilfe von MaxQDA haben wir Textpassagen einzelnen Normen und ihrer Öffnungs- und Schließungstendenz zugeordnet. Die Gesamtheit der Positionen der Akteure eines Landes sehen wir als den normativen Haushalt des untersuchten Falls.

Generell kann die Tendenz kollektiver Akteure, Normen unterschiedlich zu deuten, festgestellt werden. Gleichwohl sind Interpretationen nationalstaatlich begründet (Zaun u.a. 2014): Für die Anerkennung und Umsetzung bzw. die Einschränkung von liberalen Normen finden sich abweichende Begründungen in Finnland, Österreich und den USA; eine Kontextabhängigkeit bezieht sich also auf Gruppen von Akteuren und Länder (Roos & Laube 2015). Die gesonderte Analyse der auf Öffnung zielenden Normen konnte zeigen, dass sie eine Funktion im Diskurs um Öffnung und Schließung in Finnland und Österreich haben. Der Bezug auf Öffnungsnormen erfüllt eine Korrekturfunktion für Grenz- und Migrationspolitiken, die als zu restriktiv empfunden werden. Über Kritik hinaus wird die Beachtung und Umsetzung bestimmter Normen eingefordert: Schutz für Flüchtlinge kann als etablierte, kaum umkämpfte Norm betrachtet werden. Chancengleichheit in der Zulassung wird von Akteuren gefordert, die sich gegen eine Diskriminierung bzw. Privilegierung bestimmter Gruppen wenden. Selbst eine Grenzöffnung zur Schaffung von globaler sozialer Gerechtigkeit wird von einigen Akteuren eingefordert. In den beiden europäischen Fällen finden sich auch rechtsgerichtete Parteien, die stärker eine soziale und territoriale Schließung betonen, zum Teil unter Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht. Außerdem wird auch auf illiberale Normen abgestellt, wie beispielsweise auf die Forderung nach kultureller Ähnlichkeit von Zuziehenden mit der Gesellschaft im Einwanderungsland.

Im Vergleich der Positionen europäischer und amerikanischer Akteure zeigt sich, dass US-Akteure

Grenzregimewandel

Öffnung häufiger mit moralischen und rechtlichen Verpflichtungen begründen, die in der amerikanischen Verfassung festgeschrieben sind. Ebenso rechtfertigen US-Akteure Öffnung oftmals identitär und stufen die USA nicht nur historisch, sondern auch heute als Einwanderungsland ein. Die gesellschaftliche Diversität, die mit Einwanderung einhergeht, wird als identitätsstiftend betrachtet und soll erhalten bleiben. Europäische Akteure haben häufiger als US-Akteure ein instrumentelles Verständnis der Umsetzung und Achtung einer Norm. So wird die Gleichberechtigung von Migranten mit Staatsbürgern gefordert, um Sozial- und Lohndumping zu verhindern (Zaun u.a. 2014).

c) Probleme und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms

Die Erhebung der Daten für unseren Visadatensatz (Visa Network Data) bereitete vor allem für das Jahr 1969 erhebliche Schwierigkeiten. Eine deutliche Verbesserung stellte die Beschaffung eines Archiv-Bandes des TIM (Travel Information Manual) der Air Travel Association (IATA) dar. Diesen konnten wir allerdings erst nach langwierigen Verhandlungen mit den Vertretern der IATA und auch nur vertraulich nutzen.

d) Bezüge zu und Kooperationen mit anderen Arbeiten im Sonderforschungsbereich

Konkrete Bezüge gab es zu dem Teilprojekt A2. Dieses Teilprojekt analysiert wie wir die Reaktionen kollektiver Akteure, allerdings bezogen auf die Internationalisierung der Streitbeilegung. Im Gegensatz zu uns umfasste das Sample von A2 zusätzlich zu gesellschaftlichen auch staatliche Akteure. Wie bei uns wurden die Reaktionen in einer Dokumentenanalyse erhoben, wobei wir über Ergebnisse und Vorgehensweise im Austausch standen und noch weitere Experteninterviews durchführten.

e) Vergleiche mit Arbeiten außerhalb des Sonderforschungsbereichs

Mit unserem Datensatz „Visa Network Data“ bilden wir eine Vielzahl von Daten zu Visumbestimmungen im Bereich Tourismus/Geschäftsreisen für den Zeitraum von 1970 bis 2010 ab. Uns sind zwei weitere Datenerhebungen zur Visumpolitik bekannt: Eric Neumayer (2006) von der London School of Economics (LSE) hat ebenso wie wir Visumbestimmungen im Bereich Tourismus/Geschäftsreisen erhoben und analysiert, allerdings nur für das Jahr 2004. Daher konnte er im Gegensatz zu uns nicht potenzielle Veränderungen im Längsschnitt ermitteln. Auch führte er keine Blockmodellanalyse durch, die zeigt, wie sich Länder weltweit innerhalb des internationalen Visanetzwerkes positionieren. Mogens Holboth (LSE) hat eine European Visa Database für den Bereich Tourismus/Geschäftsreisen sowie Transitvisa für alle Herkunftsländer mit den Schengen-Staaten als Zielländern für den Zeitraum von 2005 bis 2010 erstellt, die online zugänglich ist (www.mogensholboth.dk/evd). Zum einen ist der dort analysierte Zeitraum wesentlich kürzer als der von uns recherchierte, so dass durch die Globalisierung bedingte Veränderungen in den Visumbestimmungen der Zielstaaten in seiner Datenbank nicht abgebildet werden können. Zum anderen hat er nur die Schengen-Staaten als Zielländer berücksichtigt, während wir alle Länder als Ziel- und Sendeländer erfasst haben. Das heißt, dass wir beispielsweise über den Schengen-Raum hinaus Aussagen über die Bildung von Zentren formulieren können, die durch identische Visumbestimmungen gekennzeichnet sind. Holboth's Datenbank enthält allerdings zusätzlich Informationen über die Vergabep Praxis von Visa und die Verfügbarkeit von Konsulaten der Zielstaaten, die wir nicht erhoben haben.

Schließlich grenzt das Forschungsvorhaben International Migration Policy und Law Analysis (IMPALA) eng an unseren Untersuchungsgegenstand an. Es ist an der Harvard University, der LSE und den Universitäten Sydney, Luxemburg und Amsterdam angesiedelt. Mit IMPALA soll eine umfassende Datenbank über den Zeitraum von 1960 bis 2010 über verschiedene Indikatoren von Migrationspolitik für 25 Länder erstellt werden; ein weiteres nachvollziehbares Erkenntnisinteresse im Sinne einer zugespitzten Fragestellung scheint zu fehlen. Zu den Bereichen, die abgedeckt werden sollen, gehören Wirtschaftsmigration, Familienzusammenführung, Studierendenmigration, humanitäre Migration und Naturalisierung sowie der Verlust von Staatsbürgerschaft. Anders als in unserem Datensatz „Visa Network Data“ wird der Bereich Tourismus/Geschäftsreisen nicht berücksichtigt.

2.2.2. Teilprojektrelevante eigene Publikationen (vornehmlich aus der letzten Phase)

In 2.2.1. sind diese Ergebnisse durch Unterstreichung hervorgehoben worden.

(I.) *Begutachtete Beiträge für*

(a.) *wissenschaftliche Zeitschriften*

1. Brabandt, Heike & Steffen Mau (2013) Liberal Cosmopolitanism and Cross-Border Mobility: The Case of Visa Policies, *Global Society* 1:27, 53-72.
 2. Mau, Steffen & Heike Brabandt (2011) Visumpolitik und die Regulierung globaler Mobilität. Ein Vergleich dreier OECD Länder, *Zeitschrift für Soziologie* 40:1, 3-23.
 3. Mau, Steffen, Fabian Gülzau, Lena Laube & Natascha Zaun (2015) The Global Mobility Divide: How Visa Policies Have Evolved Over Time, *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41:8, 1192-1213.
 4. Roos, Christof & Lena Laube (2015) Liberal Cosmopolitan Norms and the Border: Local Actors' Critique of the Governance of Global Processes, *Ethnicities* 15:3, 341-361.
 5. Roos, Christof & Natascha Zaun (2014) Norms matter! The role of international norms in EU policies on asylum and immigration, *European Journal of Migration and Law* 16:1, 45-68.
- (b.) *monographische Reihen*
6. Laube, Lena (2013) *Grenzkontrollen jenseits nationaler Territorien. Die Steuerung globaler Mobilität durch liberale Staaten*, Frankfurt a.M.: Campus (Reihe *Staatlichkeit im Wandel*).
 7. Mau, Steffen, Heike Brabandt, Lena Laube & Christof Roos (2012) *Liberal States and the Freedom of Movement. Selective Borders, Unequal Mobility*, Basingstoke: Palgrave (Transformations of the State Series).
 8. Roos, Christof (2013) *The EU and Immigration Policies: Cracks in the Walls of Fortress Europe?*, Basingstoke: Palgrave (Transformations of the State Series).

2.3. Weitere Literatur

Balibar, Étienne (2002) *Politics and the Other Scene*, London: Verso.

Bauböck, Rainer (2009) Global Justice, Freedom of Movement and Democratic Citizenship, *European Journal of Sociology* 50:1, 1-31.

Bem, Daryl J. (1970) *Beliefs, Attitudes, and Human Affairs*, Belmont, CA: Brooks/Cole.

Brabandt, Heike (2011) *Internationale Normen und das Rechtssystem: Der Umgang mit geschlechtsspezifisch Verfolgten in Großbritannien und Deutschland*, Baden Baden: Nomos.

Carens, Joseph H. (1992) Migration and Morality: A Liberal Egalitarian Perspective, in: Brian Barry & Robert E. Goodin, Hg. *Free Movement: Ethical Issues in the Transnational Movement of People and of Money*, University Park, PA: Pennsylvania State University Press, 25-47.

Koslowski, Rey, Hg. (2011) *Global Mobility Regimes*, Basingstoke: Palgrave.

Laube, Lena & Christof Roos (2010) A Border for the People? Narratives on Changing Eastern Borders in Finland and Austria, *Journal of Borderlands Studies* 25:3/4, 31-49.

Mau, Steffen (2010) Mobility Citizenship, Inequality and the Liberal State. The Case of Visa Policies, *International Political Sociology* 4:4, 339-361.

Müller, Andreas (2014) *Governing Mobility Beyond the State. Centre, Periphery and the EU's External Borders*, Basingstoke: Palgrave.

Neumayer, Eric (2006) Unequal Access to Foreign Spaces: How States Use Visa Restrictions to Regulate Mobility in a Globalized World, *Transactions of the Institute of British Geographers* 31:1, 72-84.

Pécoud, Antoine & Paul De Guchteneire, Hg. (2007) *Migration without Borders. Essays on the Free Movement of People*, Paris: UNESCO.

Zaun, Natascha, Christof Roos & Fabian Gülzau (2014) One Frame, Different Uses. Select Opening or Select Closure on Immigration Frames in the US and Europe in Times of Economic Crisis, präsentiert auf der Abschlusskonferenz des Sonderforschungsbereichs 597 „Staatlichkeit im Wandel“, Bremen, 3.-5. April 2014.